



## Plenarrede vom 30. Juni 2017

- es gilt das gesprochene Wort -

---

### Rede zum Antrag der AfD „NRW gegen Extremismus – Keine Steuergelder für Feinde der Demokratie“ (Drucksache 17/38)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen,

na ja, viel Mühe haben Sie sich mit dem Abfassen dieses Antrages nicht gerade gemacht. Ich würde ihn mal als eine Art Umlaufantrag bezeichnen. Der ist so auch schon in anderen Parlamenten in Hamburg und in Sachsen diskutiert worden.

Lassen Sie mich an dieser Stelle vorab deutlich sagen: Ich glaube, dass keine der demokratischen Parteien hier im Hause Extremisten fördern möchte – generell nicht, und natürlich erst recht nicht mit öffentlichen Geldern. Das Handeln gegen Feinde unserer Werteordnung ist vorderstes Ziel aller Demokraten. Deswegen haben wir in Nordrhein-Westfalen, wie ich finde, gute Regeln dazu.

Herr Kollege Sieveke hat sie gerade schon dargestellt, sodass ich gar nicht mehr näher darauf eingehen muss, wie das in Nordrhein-Westfalen funktioniert. Ich kann Ihnen aber versichern: Für den Fall, dass es nicht funktionieren sollte, haben wir in Nordrhein-Westfalen auch klare Sanktionsmaßnahmen, um entsprechend darauf reagieren zu können – schnell, effektiv und angemessen.

Was wir aber nicht tun sollten und was wir nicht zulassen sollten: Bürgerinnen und Bürger, die sich gesellschaftlich engagieren, erst einmal prinzipiell unter Generalverdacht zu stellen. Das sollten wir nicht tun.

Wir haben also ein gutes System, und deswegen stellt sich die Frage: Warum eigentlich dieser Antrag? – Man kann darüber mutmaßen. Ein bisschen schlauer wird man vielleicht, wenn man sich die Begründung durchliest oder sich die Rede gerade angehört hat. Es geht Ihnen doch in Wahrheit darum, das bürgerschaftliche Engagement gegen Rechtsradikalismus, gegen Fremdenhass und gegen Rechtspopulisten in unserem Lande zu diskreditieren. Und deswegen geht es Ihnen nicht um die Sache, sondern Sie wollen Stimmungen anheizen. Ich sage ganz deutlich: Wir werden nicht zulassen, dass Sie eine Spalttaxt in unserer Gesellschaft treiben.

Wenn ich mir die Verlautbarungen von Sympathisanten, Mitgliedern und Unterstützern der Antragsteller anschau, wenn ich mir anschau, wer sich von Ihren Parteiveranstaltungen angezogen fühlt, dann sage ich Ihnen: Sie wären vielleicht besser beraten, erst mal selbst in die eigenen Reihen zu schauen. Wenn Sie sich wirksam gegen Extremismus engagieren wollen, dann kehren Sie vor der eigenen Haustür. So sähe glaubhafte und ernste Politik aus.

Ich möchte sehr deutlich in Richtung der Antragsteller sagen: Von einer Partei, die in ihren internen Chatforen Slogans wie „Deutschland den Deutschen“, „Demokratie ist nur gut, wenn sie einem nutzt“ oder die Überprüfung aller Journalisten propagiert; von einer Partei, die eine Erinnerungskultur abschaffen will, die Teil unserer Geschichte ist – in deren Verlauf auch viele Mitglieder meiner Partei staatlich organisiert getötet und in den Tod getrieben wurden –; von einer Partei, die der Fraktionsvorsitzende hier im Landtag selbst als Pegida-Partei bezeichnet, einer Bewegung, die mit Galgen und der Aufschrift „Reserviert für Angela Merkel und Sigmar Gabriel“ aufmarschiert; von einer solchen Partei, liebe Kolleginnen und Kollegen –ich glaube, ich rede hier im Namen aller anderen Fraktionen – müssen wir uns wahrlich keine Lehrstunde in Sachen „Extremismus“ geben lassen.

Und deshalb lautet unser Votum klar: Kein Fußbreit den Extremisten, entschiedener Kampf gegen Hetzer und Verführer mit allen Mitteln des Rechtsstaats, aber kein Generalsverdacht gegen unsere Bürgerinnen und Bürger – und deshalb ein klares „Nein“ zu dem vorliegenden Antrag!